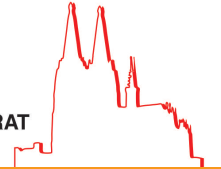




CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 73 / Dezember 2019

Heiko Krause, Bezirksregierung Köln:

Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe

Der Regierungsbezirk Köln zählt zu den rohstoffreichsten Regionen Deutschlands. Über Jahrmillionen hinweg hat der Rhein Kiese und Sande großflächig abgelagert. Von diesem Rohstoffreichtum profitiert unsere Gesellschaft und Wirtschaft bis heute. Im Vergleich zu den anderen Planungsregionen NRW werden im Regierungsbezirk Köln nicht nur am meisten Kiese gefördert, sondern auch besonders hochwertige. So unablässig die kontinuierliche Gewinnung von Rohstoffen für unser tägliches Leben, Arbeiten und unsere Mobilität ist, so unerlässlich ist eine räumliche Steuerung des Abtragungsgeschehens – vor allem in unserem dicht besiedelten Regierungsbezirk.

Der Regionalplan übernimmt in NRW traditionell die Funktion der „Standortplanung für Abtragungsvorhaben“. Aufgrund seiner integrierten und überörtlichen Betrachtungsweise und der Möglichkeit, entsprechende allgemein verbindliche Regelungen zu treffen, eignet sich der Regionalplan in besonderem Maße für die vorsorgende und nachhaltige Rohstoffplanung.

Seit Anfang 2017 wird der Regionalplan Köln überarbeitet. Das Thema der Rohstoffplanung ist inhaltlich aus dem Gesamtver-

fahren herausgelöst und wird in einem eigenständigen Planverfahren zeitlich vorgezogen (für die Bodenschätze Kies/Kies-sand, Ton/Schluff und präquar-täre Kiese und Sande). Dieser so genannte „Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Locker-gesteine)“ beschreitet in mehr-facher Hinsicht neue Wege. Auf insgesamt fünf Abgrabungskonferenzen erfolgte ein intensiver fachlicher Austausch mit Kom-munen, Behörden, Verbänden und Unternehmen. Gemeinsam wurde ein innovatives Planungs-konzept erarbeitet, das im Rahmen der eher engen recht-lichen Vorgaben ein Höchst-maß an Flexibilität und Mitwir-kungsmöglichkeiten bietet. Der erste Entwurf des Teilplans wird im Januar 2020 veröffent-licht. Voraussichtlich zwischen April und Juni 2020 kann sich jeder zu diesem Planentwurf äu-ßern, Verbesserungsvorschläge unterbreiten, die verwendeten Datengrundlagen prüfen und (letztmalig) Abgrabungsinter-essen melden. Sämtliche Akteure sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen und dadurch die Zukunft unserer Region mitzu-gestalten – zum Beispiel im Früh-jahr 2020 auf der sechsten und siebten Abgrabungskonferenz. Die Regionalplanungsbehörde Köln freut sich auf einen ergeb-nisoffenen fachlichen Austausch.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



die Amtszeit des aktu-ellen Regionalrates neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Im Herbst 2020 werden die Kommunal-parlamente neu gewählt und danach wird auch ein neuer Regionalrat gewählt. Zum Jahresende 2019 möchte ich Ihnen deshalb beispielhaft schon einmal skizzieren, was wir in dieser Wahlperiode an-gestoßen haben:

Die Überarbeitung des Regionalplans war und ist hier sicherlich eines der zentralen Themen. Ab Anfang 2020 wird die Bezirks-regierung einen ersten Vorschlag auf den Tisch legen und der Regionalrat wird dann zu entscheiden haben, dass dieser Vorschlag in die vertiefte Umweltprüfung geht. Weiterhin steht ein Teil unserer Region, das Rheinische Revier mit seinem anstehenden Struktur-wandel vor der größten Herausforderung seit dem Wiederaufbau nach dem 2. Welt-krieg. Ganz besonders die 93.000 Beschäf-tigten aus der stromintensiven Industrie werden wir in diesem Kontext in den Blick nehmen, um ihre Existenzen im Zuge des Kohle-Ausstiegs nicht zu gefährden. Beim Thema Verkehr sind wir mit der Umsetzung von Großprojekten im Regierungsbezirk auf einem vernünftigen Weg. Ich nenne hier nur exemplarisch den Bahnknoten Köln oder die Leverkusener Rheinbrücke. Aber: Es bleibt noch eine Mege zu tun!

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich jetzt erstmal ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2020.

Ihr

Stefan Götze
(Fraktionsvorsitzender)



„Ökologische Qualität geht vor einem rein quantitativem Ausgleich!“

Rainer Deppe, MdL und Vorsitzender des Regionalrates Köln:

„Jeden Tag gehen 23 ha landwirtschaftliche Fläche in Nordrhein-Westfalen verloren“, schrillen in diesen Tagen die Alarmglocken, so auch beim Rheinischen Landwirtschaftsverband. Keine Frage, diese Zahl für 2018 ist korrekt. Im Vorjahr waren es sogar 6.000 m² mehr. Flächen, die den Landwirten fehlen, um Nahrungsmittel, Futter oder nachwachsende Rohstoffe anzubauen oder Blühstreifen anzulegen. Nachhaltig ist das sicher nicht.

Wenn die Landtags-SPD diese Zahl jedoch als Vorwand nimmt, um Land und Kommunen einen massiven Verstoß gegen das sog. 30 ha-Ziel der Bundesregierung vorzuhalten, dann werden hier wieder einmal die berühmten Äpfel und Birnen verglichen. Der Verdacht liegt nahe, dass ausgerechnet diejenigen, die in ihrer Regierungszeit eine Maßnahme nach der anderen erfunden haben, um Landwirten die Verfügbarkeit über ihre Flächen zu entziehen, jetzt das Ergebnis ihrer Politik beklagen.

Der Schlüsselindikator 11.1.a des Nachhaltigkeitsziels „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ lautet, „den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha minus x pro Tag bis 2030 zu senken“.



Tatsächlich sind nach Daten von IT.NRW die Verkehrsflächen um 1,4 ha/Tag gesunken und die Siedlungsflächen um 7,05 ha/Tag gewach-

sen. Im Saldo lagen sie also um 1 ha unter dem für 2030 zu erreichenden Zielwert von 6,5 ha.

Dabei ist bemerkenswert, dass der Siedlungsflächenanstieg nicht in erster Linie von Wohnbauflächen (+1,4 ha/Tag) verursacht wurde, sondern von der Zunahme an Grünflächen (+5,04 ha/Tag). Von Zubetonieren kann also keine Rede sein.

Wenn die Siedlungsfläche wächst, nimmt zwangsläufig die Vegetationsfläche ab (-3,2 ha/Tag). Der Verlust der landwirtschaftlichen Flächen wird in NRW zu etwa 2/3 ausgelöst durch eine Zunahme von Gehölzflächen (+16,85 ha/Tag). Viel spricht dafür, dass dies durch die Regelungen zu den Ausgleichsverpflichtungen ausgelöst wurde.

Hätten Sie erwartet, dass das 30 ha-Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung für 2030 in Nordrhein-Westfalen schon im Jahr 2018 eingehalten wurde? Trotzdem besteht überhaupt kein Anlass, jetzt mehr Fläche in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil jedes Baugebiet, jede Bahnstrecke, jede Straßenerweiterung löst Ausgleichsverpflichtungen aus. Und da landwirtschaftliche Flächen für alle außer für die Landwirte selber billig sind, ist es viel zu oft der einfachste und kostengünstigste Weg, diese als Ausgleichsflächen zu nutzen.

Bund und Land versuchen gerade die Kompensationsregeln zu verändern. Wenn es nach der CDU geht, soll es zukünftig einmal mehr heißen: ökologische Qualität vor rein quantitativem Ausgleich. Allerdings ist die Schaffung von Qualität für mehr Artenschutz und Biotopvernetzung regelmäßig schwieriger umzusetzen als einfach mehr landwirtschaftliche Flächen in Gehölzflächen umzuwandeln.

Wenn wir uns vornehmen, so flächensparend wie möglich zu planen, dann gelingt es uns im Regierungsbezirk Köln vielleicht noch besser und schneller, die notwendigen Entwicklungen für Verkehrswege, bei Wohnbauflächen und für Industrie und Gewerbe voranzutreiben und gleichzeitig die Inanspruchnahme land-

wirtschaftlicher Flächen zu verringern und im Idealfall mehr für den Artenschutz zu bewirken.

Foto: [pixello.de/Diana Mohr](https://pixello.de/Diana-Mohr)

Förder-Paket für strukturschwache Stadtquartiere

13 Millionen Euro für die Region aus Europäischem Fonds (EFRE)

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) steht für ein umfassendes europäisches Förder-Paket, das die Zukunft des Landes NRW im Blick hat. Ein Schwerpunkt des Programms ist die präventive und nachhaltige Entwicklung von strukturschwachen Stadtquartieren sowie die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Deshalb wurde der EFRE Aufruf „Starke Quartiere, Starke Menschen“ in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Kommunen der Region im Regierungsbezirk Köln haben sich mit verschiedenen Vorhaben der Stadtentwicklung hierbei erfolgreich beteiligt und Anträge auf Förderung bei der Bezirksregierung gestellt. Die Projekte sind alle eingebettet in integrierte Handlungskonzepte der Kommunen und werden zusätzlich durch die Städtebauförderung NRW kofinanziert.

Folgende Städte erhalten Förderungen für geplante Maßnahmen:

Die Kreisstadt Bergheim erhält circa 1,28 Mio. Euro für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes „Stadtteil Quadrath-Ichendorf“. Ziel der Maßnahme ist die Senkung und Prävention von Armut und deren Folgen im Quartier, die Förderung von Integration, Sicherheit, Nachhaltigkeit und die Entwicklung hin zu einem lebenswerten Wohn- und Arbeitsviertel. Unter anderem wird in den kommenden Jahren das Tierparkgelände barrierefrei in einen Naturerlebnisraum umgestaltet. Der Jakob-Bühr-Platz wird zu einem öffentlichen Kommunikations- und Begegnungsraum entwickelt und der Spielplatz Robert-Koch-Straße erneuert.

Die Stadt Radevormwald erhält Fördermittel in Höhe von circa 1,35 Mio. Euro zur Umsetzung des Handlungskonzeptes „Wupperorte“. Ziel ist die Wupperorte strukturell zu stärken, die Attraktivität für Familien zu steigern und den Lebensraum aufzuwerten. Die sich abzeichnende Armutsspirale, gerade für Kinder und Jugendliche, soll unterbrochen und Gewerbe lokal angesiedelt werden. Hierzu wird ein Quartiersmanagement gegründet, um Netzwerkbildung zu fördern und bürgerschaftliches Engagements zu bündeln. Darüber hinaus wird der Kinder- und Jugendtreff „Life“ modernisiert, das Bürgerzentrum Dahlerau-Keilbeck ausgebaut und im Rahmen des „Activity Concept“ das Familienzentrum Wupper durch den Ausbau Sport- und Spielplatz „Auf der Brede“ erweitert.

Die Stadt Köln erhält für die Umsetzung des Konzepts „Starke Veedel–Starkes Köln“ circa 4 Mio. Euro Fördermittel. Ziel ist sozial benachteiligte Viertel zu stärken, Armut zu bekämpfen und die Lebenssituation zu verbessern. Hierbei wird in Ossendorf am Mühlenweg eine Trendsporteinrichtung mit Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten errichtet. In Humboldt-Gremberg wird die Westerwaldstrasse ökologisch revitalisiert, um ein zusätzliches Angebot zur Freizeitgestaltung zu bieten. In Meschenich wird der Spielplatz an der Alten Kölnstrasse neu gestaltet und in Porz-Eil wird der Eiler Schützenplatz sowie der Platz an der Leidenhausener Straße zu einem multifunktionalen Begegnungsraum erweitert.

Die Stadt Stolberg erhält knapp 6,3 Mio. Euro zur Unterstützung des Handlungskonzeptes „Berg- und Talachse – Miteinander für Münsterbusch, Ober und Unterstolberg“. Ziel ist eine „Talachse Innenstadt“ zu kreieren, sowie den Aufbau einer strategischen Sozialplanung mit Leitbild „Soziale Kupferstadt 2030“ voranzutreiben. Hierzu wird der Geschwister Scholl Platz



zum zentralen Begegnungsraum im Quartier Liester ausgebaut. Desweiteren werden einzelne Grünflächen über ein sogenanntes „Trittsteinkonzept“ miteinander vernetzt, die Obstbaumwiese „An der Bocksmühle“ sowie verschiedene Schulhöfe ökologisch aufgewertet und in Kooperation mit den Schulen bewirtschaftet. Schließlich wird das Gebäude Grüntalstraße 5 zu einem interkulturellen und generationenübergreifenden Begegnungszentrum ausgebaut.

Foto: Pixelio.de / Andreas Hermsdorf

Größtes Stadtumbauprojekt in Nordrhein-Westfalen

CDU-Fraktion besichtigt Bahnstadt Opladen

Im Rahmen ihrer Fraktionssitzung machten sich die Mitglieder der Kölner Regionalratsfraktion kürzlich ein umfassendes Bild zu dem größten Stadtumbauprojekt in Nordrhein-Westfalen, der Bahnstadt in Leverkusen-Opladen. Die Geschäftsführerin der „neue bahnstadt opladen GmbH“, Vera Rottes, verdeutlichte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und Regionalratsmitglied, Paul Hebbel, bei einem Rundgang über das Gelände, wie in den vergangenen Jahren aus dem ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerk und seiner angrenzenden Flächen moderne Bauten mit hohen Qualitätsstandards entstanden.



Genau 100 Jahre prägte das Eisenbahnausbesserungswerk das Leben in Opladen. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Werkstatt eröffnet und schnell zum größten Arbeitgeber vor Ort. Die Bevölkerung wuchs um das Doppelte und die Werkstatt wurde mehrfach erweitert. Nach dem Wiederaufbau und dem 2. Weltkrieg folgten erfolgreiche Jahrzehnte, ehe im Zuge

der Wiedervereinigung und der Neuorganisation der Bundesbahn die Auftragslage deutlich reduziert wurde. 2003 wurde das Werk schließlich geschlossen.

2020 soll die Revitalisierung von rund 72 Hektar innerstädtischen Bahnbrachflächen, darunter das ehemalige Bahn-Ausbesserungswerk der DB AG auf der Ostseite, abgeschlossen sein. Die Ostseite der Bahnstadt nähert sich somit in großen Schritten der Voll-



endung. Die große Baustelle der Zukunft ist jetzt die städtebauliche Entwicklung der Westseite. Nach der dortigen, erfolgreichen Gütergleisverlegung startet nun der Bau von neuem Wohnraum. Weiterhin sind Einkaufsmöglichkeiten, Gewerbeflächen sowie der Bau der Europa-Allee geplant. „Die Bahnstadt in Leverkusen-Opladen ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie ein städtebauliches Großprojekt erfolgreich umgesetzt und zum Abschluss gebracht werden kann“, so der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln, Stefan Götz. Von der Durchführung der Perspektivenwerkstatt im Jahr 2000 mit 650 Bürgerinnen und Bürgern, über die Bestätigung als Projekt der Regionale 2010, bis zur aktuellen Fertigstellung der Grünanlage mit Sport, Spiel- und Freizeitanlagen ist das Projekt eine Erfolgsgeschichte, so der Fraktionsvorsitzende weiter. **Fotos: Benjamin Schmidt**

Termine

07. Februar 2020

Klausurtagung Regionalrat

28. Februar 2020

Strukturkommission

02. März 2020

Unterkommissionen Ville-Eifel und Rhein-Berg

13. März 2020

Regionalrat

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Stefan Götz (verantwortlich)
Stadt Köln

1. Stellv. Vorsitzende:

Brigitte Donie
Rhein-Sieg-Kreis

2. Stellv. Vorsitzender:

Franz-Michael Jansen
Kreis Heinsberg

Vorsitzender des Regionalrats:

Rainer Deppe MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

Paul Hebbel
Stadt Leverkusen
(Vorsitzender der
Verkehrskommission)

Fraktionsgeschäftsstelle:

Benjamin Schmidt
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46

Fax: 02 21 / 139 54 51

E- Mail:

info@cdu-regionalrat-koeln.de

Internet:

www.cdu-regionalrat-koeln.de